



Bundestags- brief

Nr. 162 • Die Woche im Bundestag • 19. 12. 2014



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Ein gutes Jahr

Der letzte Bundestagsbrief im Jahr 2014 ist eine gute Gelegenheit, einmal kurz inne zu halten und zurückzuschauen. Mit der Ernennung zur Staatsministerin für Kultur und Medien hat sich viel für mich geändert. Ich bin nun nicht mehr Vorsitzende, bzw. Mitglied eines Ausschusses des Deutschen Bundestages, sondern Teil der Bundesregierung, die vom Deutschen Bundestag kontrolliert wird und diesem regelmäßig Rede und Antwort steht.

Hinzu kamen neue Aufgaben, große Verantwortung und noch mehr Termine. Diesen Anforderungen gerecht zu werden, wäre mir nicht leicht gefallen, wenn in meiner neuen Funktion nicht täglich die Themen und Fragen im Mittelpunkt stünden, die mir wirklich ein Herzensanliegen sind.

Gemeinsam mit meinen Kollegen aus dem Kabinett und nicht zuletzt dank der tatkräftigen Unterstützung der Abgeordneten des Deutschen Bundestages haben wir im vergangenen Jahr viel erreicht:

Mit dem Deutschen Zentrum Kulturgutverluste ziehen wir die Lehre aus dem „Fall Gurlitt“. Wir bündeln die Kompetenzen im Bereich der Provenienzrecherche und werden damit unserer historischen Verantwortung gerecht.

Gemeinsam ist es uns auch gelungen, den Weg frei zu machen, für ein Museum der Moderne in Berlin. Im frühen 20. Jahrhundert war die deutsche Hauptstadt *das* Zentrum der Avantgarde. Hier spürten junge Künstlerinnen und Künstler dem Zeitgeist nach und lebten ihre Kreativität aus. Viele der Werke, die in dieser Zeit entstanden sind, befinden sich noch heute in Berlin in der Sammlung der Neuen Nationalgalerie. Leider reicht der Platz dort nicht aus, um alle Bilder regelmäßig zeigen zu können.

Viele Werke von absolutem Weltrang fristen ein tristes Dasein im Depot, wo sie auch für die Öffentlichkeit nicht zugänglich sind.

Mit der Entscheidung des Deutschen Bundestages, ein Museum der Moderne am Kulturforum zu errichten, besteht nun nicht nur die Möglichkeit, diese Sammlung in ihrer ganzen Vielfalt auszustellen, sondern sie gemeinsam mit bedeutenden Sammlungen privater Kunstsammler zu präsentieren und so einen umfassenden Kontext zu schaffen, der in der Museumslandschaft seinesgleichen sucht.

Ein weiterer wichtiger Erfolg im vergangenen Jahr war die Stabilisierung der Künstlersozialversicherung durch ein eigenes Bundesgesetz. Damit konnten wir sicherstellen, dass die Arbeitgeber im Kunst- und Kulturbereich nun regelmäßiger überprüft werden. Dies wird für mehr Abgabegerechtigkeit sorgen und einen weiteren Anstieg des Künstlersozialabgabebesatzes vermeiden.

Ein tolles Signal für die Kultur in Deutschland war es außerdem, dass der Kulturhaushalt für das Jahr 2015 bei einem insgesamt ausgeglichenen Bundeshaushalt noch einmal um 118 Millionen Euro steigt. Mein großer Dank gilt dabei ganz besonders den Kultur- und den Haushaltspolitikern im Deutschen Bundestag, ohne deren Unterstützung das nicht möglich gewesen wäre.

Mit diesen zusätzlichen Mitteln können nun beispielsweise denkmalgeschützte Bauten in ganz Deutschland restauriert - und bedeutsame Kultureinrichtungen bei herausragenden Projekten unterstützt werden.

All' dies zeigt: 2014 war ein arbeitsreiches, aber sehr erfolgreiches und gutes Jahr!

Trauer um Andreas Schockenhoff

Der plötzliche Tod von Andreas Schockenhoff hat mich persönlich sehr getroffen. Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion verlieren wir in ihm einen der profiliertesten Außenpolitiker, ganz viele von uns auch einen guten Freund und engen Weggefährten.

Er war ein leidenschaftlicher Außenpolitiker, der die Politik der Fraktion auf diesem Gebiet maßgeblich geprägt hat. Eine besondere Zuneigung verband ihn mit Frankreich. Die Pflege der deutsch-französischen Freundschaft war für ihn ein Herzensanliegen.

Als ehemaliger Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-russische zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit war er ein exzellenter Kenner Russlands. Gerade in diesem Jahr war seine Stimme hier von großer Bedeutung.

Mein tiefes Mitgefühl gilt seinen Kindern und seiner Familie. Die Unionsfamilie hat einen großartigen Menschen und lieben Freund verloren.

Klimakonferenz in Lima – Deutschland bleibt Vorreiter

Am Wochenende ist die Weltklimakonferenz in Lima mit einem Kompromiss letztlich erfolgreich zu Ende gegangen.

Die über 190 Teilnehmerstaaten einigten sich darauf, 2015 ihre Ziele für den Ausstoß von Treibhausgasen (THG) bei den Vereinten Nationen zu melden. Diese sollen dann ab 2020 wirksam werden.

Wir hätten uns dabei gewünscht, dass die Prüfkriterien für den Ausstoß der THG deutlich schärfer ausgefallen wären. Unbefriedigend ist auch, dass die historisch überholte Trennung zwischen den alten Industrieländern und dem Rest der Staaten nicht aufgegeben wurde. Schließlich wird inzwischen mehr als die Hälfte aller THG vom sog. Rest der Welt ausgestoßen.

Der eigentliche Weltklimavertrag soll dann nächstes Jahr in Paris abgeschlossen werden und an Stelle des Kyoto-Protokolls treten, das bis 2020 befristet ist.

Während China seine Emissionen erst ab 2030 reduzieren will und die Einsparungen in den USA bisher zum größten Teil auf der Umstellung von Kohle auf Gas beruhen, bleibt Deutschland weltweites Vorbild beim Klimaschutz.

Wir wollen unsere Treibhausgas-Emissionen trotz des deutlich beschleunigten Ausstiegs aus der Kernenergie bis 2020 um mindestens 40 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 reduzieren. Erreichen wollen wir dies besonders durch Umstellung auf Erneuerbare Energien und Erhöhung der Energieeffizienz.

Diesen Willen hat Deutschland am 3. Dezember 2014 mit der Verabschiedung des Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz und des Aktionsprogramms Klimaschutz 2020 unterstrichen.

Strukturschwache Regionen systematisch weiterfördern

Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner ist unter den unionsgeführten Bundesregierungen seit 2005 um 19 Prozent gewachsen. In der übrigen Europäischen Union ist dieser Wert mit 12 Prozent deutlich niedriger. Mittlerweile liegt die Wirtschaftskraft je Einwohner in allen deutschen Regionen deutlich über 75 Prozent des EU-Durchschnitts.

Das hat Konsequenzen: Es fließen weniger Mittel aus dem Europäischen Struktur- und Investitionsfonds nach Deutschland. Gleichzeitig sind die neuen Länder aus dem Höchstförderstatus herausgewachsen. Darauf reagieren wir.

Mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen „Regionale Wirtschaftspolitik – die richtigen Weichen für die Zukunft stellen“ heben wir hervor, dass wir strukturschwache Regionen in Deutschland weiterhin systematisch fördern wollen. Auch mittel- und langfristig werden wir ihre Wachstumspotenziale gezielt erschließen und damit einen Beitrag für mehr Wirtschaftskraft und Beschäftigung auch dort leisten, wo die Investoren nicht zuerst hinschauen.

Ausgangspunkt ist für uns die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW), mit der Bund und Länder seit 45 Jahren gemeinsam und anteilsgleich Regionalförderung betreiben.

Auf dieser Grundlage wollen wir ein gesamtdeutsches System der regionalen Wirtschaftsförderung entwickeln, in dem nicht mehr zwischen Ost und West unterschieden wird.

Vielmehr soll sich die Regionalpolitik ab 2020 wie im Koalitionsvertrag vereinbart auf strukturschwache Regionen konzentrieren, die es in Nord, Süd, West und Ost gibt.

Opposition scheitert in Karlsruhe, Untersuchungsausschüsse arbeiten

Über Monate wurde die Arbeit im NSA-Untersuchungsausschuss durch den Snowden-Aktionismus der Opposition aufgehalten.

Jetzt steht fest: Der Versuch der Opposition, vor dem Bundesverfassungsgericht eine Vernehmung von Edward Snowden vor dem NSA-Untersuchungsausschuss in Deutschland zu erreichen, ist gescheitert.

Die Klagen gegen die Bundesregierung und gegen den NSA-Untersuchungsausschuss sind unzulässig. Weder wurden im Ausschuss Rechte der Minderheit verletzt, noch ist der Bundesregierung eine Unterlassung vorzuwerfen.

Die Opposition kann ihre vom Bundesverfassungsgericht abgelehnte Position nun noch vor den Bundesgerichtshof tragen, der für die verfahrensrechtliche Überprüfung der Ausschussarbeit zuständig ist.

Für eine sachgerechte Bearbeitung des vom ganzen Bundestag beschlossenen Untersuchungsauftrags aber wäre zu wünschen, dass die Opposition sich jetzt endlich auf die inhaltliche Arbeit besinnt.

Der Ausschuss soll nicht nur NSA-Aktivitäten aufklären, sondern auch Lösungsmöglichkeiten im Bereich IT-Sicherheit, Datenschutz und der parlamentarischen Kontrolle von Nachrichtendiensten aufzeigen.

Auch der zweite Untersuchungsausschuss setzt seine Arbeit diese Woche fort. Er befasst sich mit den Ermittlungen zu den Kinderpornografie-Vorwürfen gegen den ehemaligen Abgeordneten Sebastian Edathy, dessen Vernehmung für Donnerstag geplant ist.

Erwerbstätige sind mit Arbeit und Arbeitszeit zufrieden

Der kürzlich veröffentlichten Erwerbstätigenbefragung 2012 der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) zufolge sind acht von zehn Erwerbstätigen mit ihrer Arbeitszeit zufrieden.

Ein negativer Trend ist seit der vorherigen Befragung aus dem Jahr 2006 nicht erkennbar. Auch der wahrgenommene Termin- und Zeitdruck hat nicht zugenommen. Zwar gibt jeder Zweite an, häufig unter Termin- und Leistungsdruck zu stehen, insgesamt fühlen sich aber über 80 Prozent der Befragten mit ihrem Arbeitspensum nicht überfordert.

Die insgesamt hohe Zufriedenheit der Beschäftigten mit Arbeit und Arbeitszeit lässt sich unter anderem darauf zurückführen, dass nur wenige ihre Arbeit als fremdbestimmt empfinden: Rund 69 Prozent gaben an, dass sie ihre Arbeit häufig selbst planen und einteilen können.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Stimmung am Arbeitsplatz: 80 Prozent der Befragten fühlen sich dort häufig als Teil einer Gemeinschaft und bekommen Unterstützung von Kolleginnen und Kollegen, insgesamt bewerten sogar 88 Prozent die Zusammenarbeit als gut.

(Quelle: BAuA)

Geburtenzahl gestiegen

Im Jahr 2013 wurden in Deutschland rund 682.000 Kinder geboren. Das waren 8.500 Neugeborene mehr als im Vorjahr. Die zusammengefasste Geburtenziffer betrug 1,41 Kinder je Frau (2012: 1,40). Bei 49 Prozent der Neugeborenen handelte es sich um das erste Kind der jeweiligen Mutter, bei 34 Prozent um das Zweitgeborene, bei 11 Prozent um das Drittgeborene und bei lediglich 5 Prozent um das vierte oder weitere Kind.

Das durchschnittliche Alter der Mutter beim ersten Kind betrug im Jahr 2013 rund 29 Jahre. 55 Prozent aller Frauen, die ihr erstes Kind 2013 bekommen haben, gehörten den Jahrgängen 1980 bis 1987 an und waren damit zwischen 26 und 33 Jahren alt.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)